

Rüstung tötet auch ohne Krieg!

Die deutsche Regierung handelt mit ihrer Kriegspolitik gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie wollen das so. Wir nicht!

Die NATO-Staaten sind Kriegstreiber, aber sie stoßen auf Widerwillen in der Bevölkerung. Die verheerenden Auswirkungen der Hochrüstung, der Waffenlieferungen, der Sanktionen mitsamt der Gaspipelinesprengungen treffen nun mit voller Wucht die Berufstätigen, die Rentner, die Studierenden, die Handwerker. Bereits jetzt leiden wir unter Sozialabbau und zunehmender Verarmung, weil alles immer teurer wird. Nur die Rüstungsindustrie feiert goldene Zeiten, für sie fließt ‚Milch und Honig‘, wobei es bei Panzern alleine nicht bleiben soll!

Ein explodierender Kriegshaushalt, der innerhalb von nur zwei Jahren von 45 Mrd. in 2023 auf 109 Mrd. in 2025 steigt. Er wäre der größte Militärhaushalt seit 1945. Hinzu kommt die langfristig versprochene direkte Kriegsunterstützung an das korruptiongeschüttelte faschistoide ukrainische Regime in mehrstelliger Milliardenhöhe. Geplant ist eine rigorose Streichorgie in fast allen lebenswichtigen Bereichen zugunsten des Militärs.



Die De-Industrialisierung, zunehmende Arbeitslosigkeit, Verödung der bereits maroden Infrastruktur (ÖPNV, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen etc.) schreiten mit Riesenschritten voran. Die Situation im Gesundheitswesen spitzt sich weiter zu: Im nächsten Jahrzehnt können knapp 1,8 Millionen offene Stellen nicht mehr besetzt werden, weil qualifizierte Kräfte fehlen.

Ebenso dramatisch sieht es in den Kitas aus, weil einfach keine Personalentlastung seitens der Regierenden befördert wird – im Gegenteil: die Personallücke mit zurzeit 20.000 Stellen, wächst von Jahr zu Jahr, weil die Arbeitsbedingungen nicht verbessert werden.

Die Reichen schert das nicht. Sie können sich privat absichern, gehen in privilegierte Kliniken und halten sich Hauspersonal und werden von der Regierungs-Ampel gut bedient. Von der benötigten Kindergrundsicherung von 20 Mrd. Euro bleiben gerade mal 2 Mrd. übrig. Wohngeld, Bafög, Freiwilligendienste, Jugendmigrationsarbeit, Pflegeversicherung, Integration in den Arbeitsmarkt – überall wird brutal für den Krieg gestrichen. ♦

Diese Politik macht wütend! Wehren wir uns! Organisiert euch!



Mit der Hochrüstung werden die nächsten Kriege vorbereitet. Der unverhohlene Konfrontationskurs und das Kriegsgeschrei nach „Siegfrieden“ basieren auf einer Politik von Verleumdungen, Lügen und „Minsk II“-Betrug. Dieser Kurs zielte auf die Zerstörung aller diplomatischen Initiativen und Lösungen, die einer Friedensordnung unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Parteien gerecht werden können. ♦

Sie planen den Krieg!

Berliner Regierungsberater fordern kurzfristig für „die dringendsten“ Maßnahmen zur Vorbereitung der deutschen Verkehrsinfrastruktur auf einen Krieg gegen Russland „mindestens“ 30 Milliarden Euro, um insbesondere Straßen, Schienen und Brücken für den Transport von Truppen und großen Mengen militärischen Materials in Richtung Osten vorzubereiten.

Jugend

SAGT NEIN!

Es ist so weit: Unsere Kinder sollen wieder für den Dienst an der Waffe eingezogen werden. Im Juni 2024 hat Kriegsminister Pistorius (SPD) seine Pläne für die Wehrpflicht vorgestellt: Künftig sollen alle 18-Jährigen einen Fragebogen zur Bereitschaft und Fähigkeit zum Wehrdienst ausfüllen – für Männer verpflichtend. Auf der Grundlage sollen dann bis zu 40.000 Jugendliche pro Jahr zur Musterung einberufen werden. Von einer Verpflichtung ist dabei bisher noch nicht die Rede – stattdessen soll erst mal auf Freiwilligkeit und „Anreize“ bei Verpflichtung gesetzt werden.



Bei den nun vorgestellten Plänen wird es aber nicht bleiben. Vielmehr soll die Wehrpflicht schrittweise ausgebaut werden. Die Kriegstreiber in den feinen Anzügen in Konzernetagen und Parlament fordern mehr Kanonenfutter und eine noch größere deutsche Armee.

- Sag NEIN zu den Kriegsvorbereitungen!
- Sag NEIN zur Bundeswehr in unseren Schulen, Jobmessen und Unis!
- Wir lassen uns nicht kriegstüchtig machen! Verweigert den Kriegsdienst!



Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – DKP Bremen

Kontakt: dkp-bremen@gmx.de

<https://bremen.dkp.de/bremen-lokal/>

V.i.S.d.P.: Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen | 7/2024